

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abonnement: Bei der Post nach den Agenten bezogen frei im Haus monatlich 100 Mark. Anzeigerpreis: Die inhaltliche Seite über deren Raum 8 Bl., die Anzeigenzeile 20 Bl. Mindestbetrag 20 Bl. für den ersten Tag. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Beilagenbezug ist der Rabatt demnach.

Nr. 232.

Altensteig, Mittwoch den 4. Oktober.

Jahrgang 1922

Der Reichskanzler über die Geldentwertung.

Das führende spanische Blatt „El Debate“ veröffentlichte eine Darlegung des deutschen Reichskanzlers über die Geldentwertung, die dieser dem deutschen Vertreter dieses Blattes zur Übermittlung nach Spanien gegeben hatte. In der spanischen Presse waren nämlich in den letzten Wochen Angriffe gegen die Finanzpolitik der deutschen Regierung erschienen. Selbst die deutschfreundliche Presse öffnete derartigen Artikeln ihre Spalten, was naturgemäß in der spanischen Öffentlichkeit eine große Verwirrung anrichtete. Den Ausführungen des Reichskanzlers ist folgendes zu entnehmen:

Daß man Kritik an unserer Finanzpolitik machen kann, kann ich begreifen. Daß aber jemand annehmen kann, Deutschland oder gar die deutsche Regierung begünstige absichtlich die Entwertung der Mark, ist mir absolut unfaßbar. Seit drei Jahren macht unsere Finanzpolitik die größten Anstrengungen und schafft Finanzgesetze von gewaltiger Belastung. Im laufenden Rechnungsjahre werden die Steuereinnahmen ungefähr 200 Milliarden Mark betragen. Das ist doch ein Zeichen von außerordentlichem Steuerheroismus. Aber auch wer diese Tatsachen nicht kennt, müßte schon aus allgemein wirtschaftlichen und politischen Gründen die obige Annahme als unmöglich erkennen. Die Entwertung der Mark kommt schon längere Zeit nicht mehr von der Inflation; denn von einer Inflation kann bloß gesprochen werden, wenn mehr Geldzeichen vorhanden sind, als zur Bewältigung der Wirtschaftsumsätze notwendig. Das Umgekehrte ist heute der Fall. In Gold umgerechnet betragen unsere Zahlungsmittel nicht einmal den dritten Teil des Friedenssummens. Die Entwertung der Mark ist viel rascher vor sich gegangen, als die Vermehrung der Geldzeichen. Diese Entwertung ist zurückzuführen auf die ungeheure Schwächung Deutschlands durch die großen Gebietsverluste, durch den Verlust der Erzgebiete, der Kohlengebiete, der Handelsflotte, der Auslandsforderungen, der Kolonien usw. Dadurch sind die Aktivposten unserer Wirtschaftsfinanz gewaltig verringert und unsere ausländische Zahlungsbilanz naturgemäß passiv geworden. Der zweite Punkt aber ist in der Durchführung der Reparationsverpflichtungen auf unseren Auslandskredit gegeben, eine Wirkung, die in aller Schärfe von der internationalen Bankierkonferenz hervorgehoben worden ist. Deutschlands Kredit kann nicht eher wieder erstehen, ehe nicht die Reparationsfrage eine ökonomisch tragbare Lösung gefunden hat.

Und dazu kommen noch die ständigen Forderungen der Gegenseite an uns, deren katastrophale Wirkungen für die Mark sich in der letzten Zeit gezeigt hat. Hier liegt der tiefste Grund für die Spekulation der Welt a la Baisse der deutschen Mark. Der Verlust, der dadurch für das verarmte Deutschland eingetreten ist, ist kaum zu beziffern. Ungeheure Werte deutschen Volkseigentums sind durch diese Geldentwertung vernichtet. Zu behaupten, die deutsche Regierung hätte ein Interesse daran, daß die Markentwertung weiterreißt, weil damit die Zinsenlast verringert würde, zeugt von einer Verleumdung der ungeheuren Rückwirkungen der Mark auf das deutsche Finanzwesen wie auf die deutsche Wirtschaft. Unmöglich muß bei Entwertung der deutschen Mark nicht nur dieselbe Summe gezahlt werden wie früher, sondern eine von Monat zu Monat wachsende Summe. Das Herausschmelzen des sonstigen Rückstands für Gehälter, Löhne und sonstige Verbindlichkeiten aber macht ein Vielfaches dessen aus, was im deutschen Budget angeblich an Zinsen „erspart“ würde. Dazu kommt, daß infolge der Verletzung der Rentenverpflichtungen unzählbar erscheinende Ausgaben auf dem Gebiete der Unterhaltung der verarmten Rentner erwachsen.

Ich behaupte außerdem, daß auch das Ausland, besonders auch das neutrale Ausland, welches Mark geliebt hat, durch diese Entwertung geschädigt wird. Die Ursache aber liegt — ich betone es noch einmal — nicht bei uns, sie wurzelt in dem Uebel, an dem Deutschland, Europa und die ganze Welt krankt: in den untragbaren Bestimmungen der Reparationsforderungen. Wir sind gezwungen worden, ein Übergangsstadium des Ultimatums anzunehmen, habe ich in einer kurzen Erklärung vor dem Reichstag mit Nachdruck hervorgehoben, daß für die weltwirtschaftlichen Folgen des Ultimatums die Gegenseite verantwortlich sei. Bei härter und rascher als irgend jemand voraus-

sehen konnte, sind die weltwirtschaftlichen Schädigungen durch das Ultimatum allerwärts in der Welt eingetreten. Eine Seite dieser weltwirtschaftlichen Folgen ist die Vernichtung des Markwertes. Eine Besserung kann nur wieder herbeigeführt werden, wenn die Reparationsfrage in ökonomischem Sinne gelöst wird. Diese Lösung ist nicht bloß für Deutschland eine Lebensfrage, sondern für die ganze Weltwirtschaft, nicht zuletzt auch für die neutralen Ländern von Wichtigkeit.

Neues vom Tage.

Neuregelung der Zuckerverforgung.

Berlin, 3. Okt. Der Reichsrat hat am Montag beschlossen, die Regierung zu ersuchen, für das Betriebsjahr 1922/23: 1. zur Sicherung des Verbrauchs der Bevölkerung an Mundzucker je Kopf und Monat 2 1/2 Pfund und an Einmachzucker 6 Pfund einmalig aus der Inlandserzeugung den Ländern zur Verfügung zu stellen; 2. an Zucker für Imker und zur Herstellung von Kunsthonig, Marmelade und Obstkonerven die nach näherer Bestimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft notwendigen Mengen an die öffentliche Hand abzuliefern.

Die Rheinlandschmission schützt Landesverräter.

Köln, 2. Okt. Die Interalliierte Rheinlandschmission hat angeordnet, daß von den deutschen Behörden wegen strafbarer Handlungen festgenommene Personen ohne ihre Genehmigung nicht aus dem besetzten Gebiet weggeführt werden dürfen, sofern die Betroffenen sich darauf berufen, auf Grund der Verordnungen Nr. 27, 70 und 90 der Rheinlandschmission eine Sonderstellung einnehmen zu können. Die neue Verordnung bestimmt ferner, daß deutsche Justiz- und Polizeibehörden aus dem nichtbesetzten Deutschland im besetzten Gebiet eine Verhaftung, Durchsuchung, Beschlagnahme oder Einziehung nur unter Mitwirkung der zuständigen Behörden des besetzten Gebietes vornehmen dürfen.

Der Kampf um die Schuldfrage.

Paris, 3. Okt. Viviani verteidigt sich jetzt in einer längeren Erklärung gegen die Feststellungen Dr. Wirths zu den Ereignissen in den letzten Julitagen 1914. Viviani meint, daß die Dokumente, die der Kanzler angeführt habe, sorgfältig zurechtgemacht seien. Er gibt dann selbst eine längere Schilderung der Vorgänge des Krieges und besonders seiner Besprechungen mit Javolski. Viviani geht auf die neuen Gesichtspunkte, die der Kanzler vorgebracht hat, im Grunde genommen gar nicht ein. Er fragt z. B., warum Dr. Wirth sich nicht über das österreichische Rotbuch und einige andere längst bekannte Dokumente ausgesprochen habe. Zum Schluß meint er, daß seine Antwort allen ehrenhaften Leuten genügen dürfte. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt: Es ist sehr eigenartig, daß Viviani den von Dr. Wirth erwähnten Dokumenten jede Bedeutung abspricht, obgleich er sie, wie er sagt, gar nicht kennt. Eine historische Beweisführung, die sich einseitig auf ein bestimmtes Material stützt und anderes Material einfach unbeachtet läßt, ist überhaupt keine Beweisführung. Die Erklärung des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten zeigt nur aus neuen, wie unmöglich die Geschichtsmethode war und ist, mit deren Hilfe die Entente die Schuldfrage erledigt zu haben glaubt. Wie jeder einzelne und jedes einzelne Volk auch zu dieser Frage und deren Unterfragen stehen mögen, ein Urteil ist ohne rechtlichen Wert, solange es nur Diktat einer interessierten Partei und nicht das Ergebnis eines von allen Rechtsgarantien umgebenen Verfahrens ist. Warum wagen sich die Ententestaatsmänner, wenn sie ihrer Sache ganz sicher sind, auf eine solche Diskussion einzugehen? Wenn sie nicht zu besichtigen brauchen, daß sie oder ihre Freunde aus einem wirklichen Verfahren nicht ganz unbeschädigt herauskommen würden, müßte ihnen dann eine ordentliche Verhandlung nicht angenehm sein?

Die Konferenz von Mudania.

Paris, 3. Okt. Die Meldungen aus London zeigen, daß gestern, dem Tage vor der Eröffnung der Konferenz von Mudania, noch lange nicht alle türkischen Streitfragen beigelegt waren. Allerdings hat noch Curzon dem französischen Botschafter mitgeteilt, daß General Harrington Aufträge bekommen habe, nach denen sie in der Frage der Räumung Thrakiens durch die griechischen Truppen mit dem französischen und englischen General zusammenarbeiten werde. Dagegen ist es noch nicht sicher, daß England den bestimmenden Rückschlüssen der türkischen Truppen aus

der Thessaloniki-Zone mit einer Zurücknahme seiner Streitkräfte vom asiatischen Ufer der Dardanellen zu beantworten gedenkt. Es wird vielleicht Thessaloniki räumen, sich aber wahrscheinlich an anderen Punkten des asiatischen Ufers festsetzen und im übrigen die Entschädigung für die Türkei in der Räumung Thrakiens erblicken. Ganz ohne Schwierigkeiten wird sich aber möglicherweise auch dieses nicht vollziehen, da das griechische Oberkommando dem Generalstab der alliierten Mächte mit Rücksicht auf die türkischen Angriffe bei Thessaloniki erklärt hat, daß es ihm unmöglich sein werde, die dortige Stellung aufzugeben. Schließlich ist man in London der Ansicht, daß die Konferenz von Mudania nicht die Frage der provisorischen Verwaltung Thrakiens ordnen könne, da diese Frage von den alliierten Zivilkommissaren in Konstantinopel zu lösen sei.

Glückwünsche für Poincaré.

Paris, 3. Okt. Der Sultan von Marokko hat durch Vermittlung des französischen Stadthalters Maréchal Ducloux Herrn Poincaré zu seiner Orientpolitik im Nahen Osten Glückwünsche überbringen lassen. Poincaré dankte dem Sultan in einem Schreiben, worin er erklärte, daß er nicht daran zweifle, mit seiner Politik den muslimantischen Sultan zu erringen.

Verdreifachung des Umlagegetreidepreises.

Berlin, 3. Okt. Das Reichskabinett nahm den vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vorgelegten Gesetzentwurf, in dem etwa eine Verdreifachung des Preises für das erste Umlagebrot vorgesehen ist, an. Der Gesetzentwurf wird dem Reichsrat und dem Reichsamt für Ernährung und Landwirtschaft nach dessen Zusammenritt am 17. Okt. beschickt. Ein weiterer Antrag des Reichsernährungsministers, infolge der durch das sprunghafte Steigen der fremden Valuten verursachten Preissteigerung des Auslandsgetreides, die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle zu erhöhen, wurde ebenfalls angenommen. Entsprechend muß auch der Preis für Markenbrot erhöht werden. Die Erhöhung wird jedoch nicht vor Ablauf dieses Monats eintreten und voraussichtlich nicht über die Verdoppelung wesentlich hinausgehen. Da die Erhöhung des Brotpreises eine schwere Belastung der minderbemittelten Bevölkerung mit sich bringt, beabsichtigt die Regierung, noch im Laufe dieser Woche mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaften in Besprechungen einzutreten, um gleichzeitig mit der Erhöhung des Brotpreises auch eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter zu bewirken.

Einigung über die Ausgleichszahlungen.

Berlin, 3. Okt. Die Verhandlungen, die von den Regierungen in Paris und London geführt werden wegen der Zahlung des Restbetrags von 18,4 Millionen Goldmark (von der am 15. August fälligen Rate aus dem Ausgleichsverfahren für die fälligen Vorkriegsschulden) nähern sich ihrem Ende. Man dürfte sich dahin einig geben, daß die deutsche Regierung die nächste von ihr angebotene Rate im Betrag von 10 Millionen Goldmark abführt und für den Rest Schatzwechsel, jedoch ohne Garantiefestlegung der Reichsbank ausgibt. Die Verhandlungen wegen der folgenden Ratenzahlungen im Clearingverfahren werden in diesen Tagen beginnen.

Der Prozeß gegen die Rathenau-Mörder.

Leipzig, 3. Okt. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik begann am Dienstag unter starker Anteilnahme des Publikums und der Presse der Prozeß wegen des Mordes an Rathenau. Angeklagt sind insgesamt 13 Personen. Den Angeklagten stehen 10 Verteidiger zur Seite. Die Verhandlung findet im Sitzungssaal des Staatsgerichtshofes unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Hagen statt. Als Richter fungieren die ordentlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes. Zu Beginn der Sitzung wurden die noch nicht verurteilten Mitglieder Hildebrand und Hermann Müller verurteilt. Auf den Einwand des Verteidigers Dr. Hahn, daß der Staatsgerichtshof verfassungswidrig und für die Rathenau-Mörder nicht zuständig sei, verurteilte der Vorsitzende Senatspräsident Dr. Hagen nach kurzer Beratung den Beschluß des Staatsgerichtshofes, daß er keine Zuständigkeit besitze und den Antrag ablehne, das Verfahren dem Schwurgericht zu überweisen. Hieraus lehnte der Verteidiger Dr. Hahn den Staatsgerichtshof als Gesamtgericht ab, weil er sich nach politischen Gesichtspunkten zusammensetze.

Der Beginn des Waffenstillstands.

Paris, 3. Okt. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Waffenstillstand Montag Mittag begonnen hat. Die neutrale Zone von Tschanal ist noch nicht geräumt, doch haben sich die Türken 8 Meilen von den englischen Stellungen zurückgezogen. Die englischen Teilnehmer an der Konferenz in Rubania sind nach dort abgereist. Ihrer Umgebung gegenüber geben sie der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen in Rubania den Beginn einer Einigung darstellen werden.

Die Nationalversammlung hat Mustafa Kemal ermächtigt, die Einstellung der Feindseligkeiten und die Unterbrechung der militärischen Operationen an allen Fronten anzuordnen.

Angora und die Friedenskonferenz.

Paris, 3. Okt. Nach einer Meldung der "Daily Mail" soll im französischen Ministerium des Auswärtigen gestern Abend die Nachricht eingetroffen sein, daß die große Nationalversammlung in Angora die unter dem 23. September ergangene Einladung der drei Mächte zu einer Friedenskonferenz, die auf die heute beginnende Friedenskonferenz folgen soll, angenommen hat.

Der geschäftige Venizelos.

London, 3. Okt. Venizelos, der seit Ende voriger Woche in London weilte, hatte eine Unterredung mit dem Außenminister Curzon. Er fährt dann nach Paris zurück, wo er am Donnerstag 5 Uhr von Poincaré empfangen werden wird, um dann gleich wieder nach London zurückzukehren.

Württembergischer Landtag.

Die Statorrede des Finanzministers.

St. Stuttgart, 3. Okt.

Nach zweimonatlicher Pause ist am Dienstag nachmittag der württ. Landtag wieder zu Vollsitzungen zusammengetreten. Präsident Walter begrüßte die Abgeordneten und machte Mitteilung von der vollzogenen Vereinigung der beiden sozialistischen Fraktionen sowie von Einläufen, darunter 3 Straßerfolgungsanträgen gegen Schind (Komm.) wegen Beleidigung und Pressevergehen. Dann wurden vom Regierungsrat aus 18 kleine Anfragen beantwortet, darunter eine Reihe solcher mit politischem Einschlag. So erwiderte z. B. Minister Graf auf eine kommunistische Anfrage betr. Durchführung des Gesetzes zum Schutze der Republik, daß dem Ministerium keine Tatsachen bekannt wurden, nach denen in rechts gerichteten Vereinigungen und Verbänden in Württemberg Erörterungen stattgefunden haben, die Bestrebungen verfolgen, die mit dem Gesetze zum Schutze der Republik im Widerspruch stünden. Deshalb mußte bis jetzt keine Vereinigung aufgelöst werden. Auch die Regimentsfeiern seien durch das Schutzesetz nicht untersagt, sofern sie keine republikfeindliche Tendenz hätten. Die Befundung monarchistischer Gesinnung an sich sei auch nach dem Schutzesetz nicht verboten. Man könne also gegen Beamte dieser Gesinnung nicht vorgehen, solange sie sich nicht gegen das Schutzesetz verhielten. — Die übrigen Anfragen betrafen Verkehrsfragen, Obdienten, Vorkantärsfeuchte, Holzsteuerung, Streuabgabe, Kriegsanzleihe, Waffentransport, Schlemmerumpfen usw. Interessant ist, daß bezüglich des Luxusverbrauchs die Erhebung einer Gemeindesteuer von dem übermäßigen Verzehr in Gastwirtschaften beim Finanzministerium geprüft wird. Ein Amnestiegesetz für politische Vergehen lehnte der Justizminister ab, da bereits weitgehend vom Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht würde. Der Ernährungsminister beantragte in Berlin, das Getreidelieferungsgesetz für Württemberg herabzusetzen wegen der Missernte in Württemberg.

Besprech.

Die Turnerei halte ich wert, denn sie stärkt und erfreut nicht nur den jugendlichen Körper, sondern ermutigt und kräftigt auch Seele und Geist gegen jede Verweichlichung.

Goethe.

Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Viebig.

(48)

(Nachdruck verboten.)

„Was für Sachen?“ Nelba hörte mit großen Augen zu; erst waren ihre Gedanken abgeglitten, aber nun lauschte sie.

„No“ — der junge Mann nahm die Mütze ab und fuhr sich durch das krause Haar — „Sie kennen doch Meerfeld, Fräulein Nelba? Das ärmste Dorf in der Bürgermeisterei; mer sagt, in der ganzen Gifel. Ein elender Ort! Immer haben die Meerfelder geklagt und geklagt, sie hätten keinen Acker und gar nix; wenn nur das Maar nei wär, das nahm den besten Platz im Tal weg am Fisch wären auch nei drin. Et wär rein zum Wald da. Da hat denn unser Bürgermeister ein Eingab an die Regierung gemacht und vorgeschlagen, sie möchten das Meerfelder Maar tiefer legen, damit Land gewonnen wär; das müßt ja dann sehr fruchtbar sein. Das hätt natürlich mächtig viel Geld gekostet, un de Regierung hat kein Lust gehabt. Aber der Bürgermeister hat net nachgelassen, immer wieder hat er geschrieben — no, un dat versteht er! Er hat den Kostend so dringend geschilbert und alles so ausgemalt, daß die Herren selbst gekommen sind und haben sich's angesehen. Sie haben auch alles so gefunden. Un Geld is bewilligt worden, massig; un nu singen auch gleich die Arbeiter an.“

„Sie hätten den Bürgermeister nur sehn sollen, Fräulein! Ich kam grad aus der Fremde, zwei Jahre sind es als her. Alle Tag war er in Meerfeld un hat nachgesehen; et war ihm ganz egal, ob die Sonn hoch oder der Regen blätsche. Manchmal hab ich ihn sehn sehn“ das dak

Bezüglich einer Zentrumsanfrage betr. Maßnahmen zur Wilderung der Notlage der Presse, erklärte Minister Dr. Schall: Es ist beabsichtigt, zur Wilderung der Notlage der württ. Presse dem Verein Württ. Zeitungsverleger für seine Mitglieder, ähnlich wie es in den letzten Tagen in Baden geschehen ist, einen namhaften Staatskredit zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen hierüber zwischen den Beteiligten werden am Mittwoch stattfinden, so daß eine bezügliche Vorlage dem Landtag wohl binnen kurzem wird zugehen können.

Dann wurde die 1. Beratung des Etats für 1922 in Angriff genommen.

Finanzminister Dr. Schall führte aus: Das Jahr 1919 hat mit einer rechnungsmäßigen Mehreinnahme von rund 97 Millionen Mark geschlossen. Dieses außerordentlich erfreuliche Ergebnis hat drei nicht mehr wiederkehrende Ursachen: Zum ersten haben die Eisenbahnen samt der Bodenseeschiffahrt statt der veranschlagten Fehlsomme von 112 Millionen Mark infolge des Uebergangs ans Reich nur einen Abmangel von 64½ Millionen Mark gebracht. Zum andern ist die Verbesserung auf den Umsatzen zurückzuführen, daß die württ. staatliche Postverwaltung günstiger wirtschaftete als die Reichspostverwaltung. Die dritte Ursache war die Verbesserung des Voranschlag gegenüber zeigt endlich die 1919 ebenfalls zum letztenmal zur Einhebung gelangte Landeseinkommensteuer. Sie brachte einen Mehretrag von 241½ Millionen Mark gegenüber im Plan veranschlagten 158 Millionen Mark. Das Vermögen der Restverwaltung war im Oktober 1920 auf den kleinen Betrag von 2207 059 Mark zusammengeschrumpft. Jetzt beträgt es wieder 50 535 904 Mark. Für das Rechnungsjahr 1920 steht der Abschluß leider immer noch aus. Immerhin läßt sich soviel sagen, daß der Abmangel von rund 33 Millionen Mark voraussichtlich in Wirklichkeit nicht erwachsen wird. Ueber das Ergebnis des Rechnungsjahres 1921, welches nach dem Voranschlag mit einem Fehlbetrag von 82½ Millionen Mark rechnet, läßt sich noch nichts sagen. In diesem Jahre stand die staatliche Wirtschaftsführung bereits in schlimmer Art unter dem Zeichen einer zunehmenden Geldentwertung.

Dem Staatshaushaltsplan für 1922 liegen so ziemlich überall die Preise von 1921 zu Grund; nur die Besoldungsveränderungen ab 1. April und 1. Mai d. J. haben noch summarisch Aufnahme finden können. Für die Juniaufbesserung der Beamten, Rentnäre usw. wurde 400 Millionen Mark, für Juli 530 und für August 1400 Millionen Mark aufgewendet. Die Zahl für die Septemberrückbesserung kann ich noch nicht angeben. Bei den sachlichen Aufwendungen liegen die Dinge im Großen wie im Kleinen noch schlimmer. Die Postkosten sind so ungeheuer, daß wir ernstlich werden überlegen müssen, ob wir nicht einen Teil der neu vorgesehener größerer Postwesen zurückstellen haben. Bei allen Verwaltungen werden die Heizungs- und Beleuchtungskosten weit größere Summen verschlingen als vorgesehen ist. Ein einziger Bogen Kanzleipapier kostet jetzt 6.50 Mark, das ist das 12fache des Januarpriests. Dieser Zustand legt ganz selbstverständlich allen bei der Staatswirtschaftsführung Verantwortlichen den absoluten Zwang zur Anwendung äußerster Sparsamkeit auf. Ich bitte um eine recht tatkräftige Unterstützung in dem Streben, die Ausgaben auf die Lebensnotwendigkeiten des Staates zu beschränken. Alle Beamte sind gezwungen, ihre Lebenshaltung und zwar, je höher die Gruppe ist, desto mehr, umso stärker, gegenüber früher einzuschränken. Daß darin seit April trotz den in kürzester Fristenräumen sich folgenden Bezugsverhöhungen keine Besserung eingetreten ist, wird kaum bezweifelt werden können. Man hört auch immer wieder von dem ungeheuerlichen Anwachsen des Beamtenheeres seit der Revolution. Wie steht es damit in Württemberg. Hier hatten wir vor dem Krieg 12 384 Beamten- und Lehrstellen. Nach dem vorliegenden Entwurf sollen es künftig im Ganzen 14 723 Stellen sein. Es bedeutet das für 9 Jahre eine Vermehrung um

2339 Stellen — 18,9 v. H. Im Einzelnen entfällt die angegebene Vermehrung in der Hauptsache auf die Justizverwaltung mit rund 400 Stellen, die Verwaltung des Innern samt dem 1918 geschaffenen Arbeits- und Ernährungsministerium mit rund 470 Stellen und die Kultverwaltung mit rund 1230 neuen Stellen einschließlich der Lehrer. An dem neuerlichen Umfang und der heutigen Mannigfaltigkeit der Aufgaben der einzelnen staatlichen Verwaltung gemessen kann mit Grund nirgends gesagt werden, daß die genannten Zahlen zu hohe seien.

Vergleichen wir noch den ordentlichen Dienst für 1914 und für 1922, so steht einer Ausgabe von rund 2½ Milliarden Mark für 1922 eine solche von 120 Millionen Mark für 1914 gegenüber, mit anderen Worten, sie ist auf etwas mehr als das 20fache gestiegen.

Die Einnahmen belaufen sich auf 2 096 518 536 Mark. Der Abmangel beträgt 771 791 450 Mark, eine Zahl, die größer ist als die gesamten voranschlagsmäßigen Ausgaben für 1914. Es wird nach weiteren Wegen, den Fehlbetrag zu vermindern, gesucht werden müssen. Dabei wird u. a. auch die Frage einer Hinaufführung des zunächst im Haushaltsgefehentwurf mit 5 v. H. vorgeschlagenen Steuerfußes für die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer zu prüfen sein, wobei übrigens eine Erhöhung auf 6 Prozent nur der Ausgleich für die vom Landtag beschlossenen Veränderungen der Katasterzuschläge und -abzüge sein wird. Durch die Vorschläge des Reiches, die für Württemberg zusammen rund 457 Millionen Mark betragen, ist es möglich geworden, den Gemeinden ihre Restforderungen über Einkommenanteile auszubehalten. Weitere Zahlungen bis zur Erreichung von ¼ der Anteile für 1921 sind als Abschlagszahlungen auf die Gemeindeanteile für 1922 bereits angewiesen. Außerdem sind in der vergangenen Woche an Vorschüssen des Reiches für die Bezüge der Gemeindebeamten rund 320 Millionen Mark weitergeleitet worden.

Das Bild zu dem vorliegenden Planentwurf für 1922 ist ein recht trübes. Die bekannten Nöten des Reiches sind auch die unseren, und es kann keinem Land erfreulich gehen, wenn sich die finanzielle Lage des Reiches von Tag zu Tag so verschlechtert, wie wir es erleben müssen. Wir hier vermögen an dieser Lage nichts zu ändern; die Schuld daran liegt in erster Linie an den unerträglichen Lasten, die unsere frühere Kriegsgegner uns als den Unterlegenen aufzuzwingen haben. Infolge dort die Vermunft nicht durchgedrungen sein wird, infolange die Verluste fortgesetzt auf dem uns aufzuzwingenden Vertrag von Versailles ruhend unmögliche Leistungen aus dem deutschen Volkshüter herauszupressen, während gleichzeitig in den besetzten Gebiet deutsches Geld und Gut in ungeheurer Weise verkleinert wird, infolange ist an keine Besserung und Erholung zu denken. Solange die Verhältnisse so dauern, muß unsere Mark immer weiter sinken; das bedeutet andererseits dauerndes Steigen der Preise und Löhne. Schon sehen wir deutlich die Zeichen eines Umschlags. Die Geldknappheit ist außerordentlich geworden; die Poststrafen, die das Ausland um uns legt, sind immer schwerer zu überwinden; die Kaufkraft unserer Bevölkerung geht im Ganzen genommen fortwährend zurück.

Sodann geht der Finanzminister über zu den Einzelheiten des vorliegenden Entwurfs. Im Staatsbericht wie im Privatleben müsse man sich an das Wort halten: Arbeiten und nicht verzweifeln.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 4. Oktober 1921.

Der Verein für ländliche Wohlfahrtspflege in Württemberg und Hohenzollern veranstaltet am Montag, den 9. Okt. nachm. 2 Uhr eine öffentliche Versammlung, in der die Verbandsleiterin Fräulein Ernst in Stuttgart und die Bezirksvorsitzende Fräulein Elisabeth Barth in Urach über Fragen der Berufsbildung der weiblichen Landbevölkerung

des Vorges auf. Er blieb stehen und wies mit dem Finger hin. „Die da drin werden et Ihnen schon bald klaffen, Fräulein Nelba; ich net! Ich sag nix Schlechtes von unserm Bürgermeister, un hör ich't von einem“ — seine Augen sprühten, er redete die kräftige Gestalt und warf den Kopf hintenüber — „so schlüg ich ihm alle Knochen im Leibe kaputt!“

Er kam Nelba noch einmal so groß vor. Sie reichte ihm die Hand. „Das ist nett von Ihnen, Herr Hommes, daß Sie zu meinem Onkel halten! Ich wundere mich, daß er gar nichts an uns geschrieben hat.“

„Oh, das tut er nei! Im Grund is er verlobt in seine Gifel wie einer in seinen Schatz. Liebesleut verlobn sich ja auch emal nei. Sagen Sie nix, Fräulein Nelba, daß ich Ihnen was erzählt hab! Sie werden et also bald genug merken. Un nu abien!“ Er zog die Mütze und stellte sich stramm wie vor den militärischen Vorgesetzten. „Sie sind nu gleich zu Haus, ich muß noch auf die Oberburg, da hat der Förster Fuchsfallen, die wollen wir revidieren!“

Sie ging dem Dorf zu. Dann fiel ihr plötzlich ein: wie kam er auf die Oberburg? Kein Schnee war geschippt; ein schmaler, geländerloser Pfad über nackte Felszaden führte nur dorthin, selbst in besserer Jahreszeit schwindelerregend beim Wind in den Abgrund zu beiden Seiten. Welche Tollkühnheit! Unwillkürlich blies sie stehen und sah sich um — da, weit drüben stampte schon seine dunkle Gestalt durch den weißen Schnee. Nun kam die schlimmste Stelle, die kannte sie wohl, die wurde in der Kinderzeit mit selbigen Grausen passiert. Da war schon einmal einer abgestürzt und hatte unten in der Schlucht mit zerschmetterten Gliedern gelegen. Sie öffnete die Lippen: „Vorsichtig!“ Es war noch nicht gerufen, da drehte er sich gerade um, als habe er ihren Blick gefühlt.

Er riß die Mütze vom Kopf, schwang sich mit einem klännen Satz auf den äußersten Vorsprung der Felszade und winkte. „Hallo — ho — ho, Fräulein Nelba!“

Die Berge hallten wider; wie ein Posaunenstoß drang die kräftige Stimme hinunter in die Schlucht, Schnee löste sich und polterte abwärts. Der feste Mensch sprang mit gleichen Füßen in die Höhe und stieß einen zweiten Ruf aus. Ein Jauchzen war's. (Zotif. folgt.)

Wasser ihm vom Kopf trippte un der Wind ihm die grauen Haare bald vom Kopf riß. Er hat darauf bestanden, daß die Meerfelder Männer die meiste Arbeit taten, sie schippten und farrten Erde weg, da hatten sie doch auch Verdienst. Erst waren sie so froh! Aber die Arbeit war was ungesund, immer im Rodder sehn un buddeln — se kriegten Fieber, un noch derzu stach dat an. Typhus war schon früher in Meerfeld gewesen. Das halbe Dorf war krank. Nu wurd dat en Hauptpektakel! Die Männer wollten net mehr arbeiten, die Weiber rückten dem Bürgermeister auf den Hals un lamentierten; er ließ den Doktor kommen un hat den bezahlt, alles auf eigne Rechnung.

„Endlich war doch die Arbeit fertig. Im vorigen Sommer haben sie zum erstenmal das Land bebaut. Der Bürgermeister hat gesagt, erst müßt es Biese sein. Aber ne, sie sungen gleich an mit Hafer un Gerste un Roggen un Kartoffeln, jeder wat anders; un aus nix wurde was. Jeseß, waren die Meerfelder falsch! All die Arbeit umsonst un nu gar nix, gar nix davor gewonnen! Sie dachten schon, sie sähen wie die Maus im Speck, un eweil müssen sie doch hungern wie früher. Jetzt möchten sie ihr Maar wiederhaben — da hatten mer wenigstens Fisch, sagen sie! Die waren all krepiert von der Buddel. Sie schimpfen auf den Bürgermeister; net bloß im geheimen, ich hab selber gesehn, wie sie en Faust hinter ihm drein machen und die Kinder die Jung eraus strecken!“

„Ist es möglich?“ Nelba hatte bis dahin mit keinem Laut die Erzählung unterbrochen; jetzt legte sie ihre Hand auf den Arm des jungen Mannes. „Mein armer Onkel!“ Etwas von der alten Natur kam über sie, ihr matter Blick blinzte unwillig auf. „Die Gifel!“ Ich würde über sie lachen!“

„Oh ne, das würden Sie nei, Fräulein. Sehn Sie mal hin un gucken Se sich das Glend an! Un die Manderfelder sind auch ganz tappelig. Se sicken ihm auch am Zeug, wo sie können. Un dann die andre Geschicht!“

„Was denn noch?“ In Nelbas Wangen war ein ungeduldiges Rot gestiegen. „Das unbankbare Volk! Was noch?“

Der junge Mensch sah sich scheu um, niemand war in Sicht. Nur der Himmel, der Schnee und sie beide. Jetzt, an der Wieana des Beacs, lauteten plötzlich die Häuser

und über Jugendpflege auf dem Lande sprechen werden. Die Versammlung findet im Bürgermuseum in Stuttgart, Langestraße 4 statt.

Opfer der Presse. Die im 160. Jahrgang erscheinende Zweibrücker Zeitung, die älteste Zeitung der Pfalz, und eine der ältesten Deutschlands, hat ihrem gesamten Personal zum 1. Oktober gekündigt, da sie von diesem Tage an nicht mehr erscheinen werde.

Ausbezahlung der Beamtenbesoldung. Die Postverwaltung verfügt zur Zeit nicht über genügende Hilfsmittel, um die mit Postbesoldung zur Zahlung angewiesenen Beamtengehälter sofort auszahlen zu können. Den davon betroffenen Besoldungsempfängern wird, damit sie möglichst bald über ihre Forderungen verfügen können, empfohlen, Antrag auf Eröffnung eines Postbesoldungskontos zu stellen. Auf diese Weise können die Bezugsberechtigten dann wenigstens Teilbeträge ihres Guthabens sofort abheben. Der Besoldungsempfänger kann sich aber auch ein Konto bei einer Bank, Sparkasse usw. eröffnen lassen. In diesem Falle wird auf Antrag beim Postamt der zur Zahlung angewiesene Besoldungsbetrag auf das Bankkonto des Empfängers überwiesen, der dann über den Betrag in der üblichen Weise verfügen kann.

Nagold, 2. Okt. (Bauerntag.) Am Sonntag fand hier unter freiem Himmel der angekündigte Bauerntag statt, welcher im Zusammenhang mit dem landw. Bezirksfest geplant war, nun aber durch dessen Ausfall für sich abgehalten wurde. Der Besuch des Bauerntages wäre natürlich ein viel größerer gewesen, wenn gleichzeitig das landw. Fest stattgefunden hätte. Landwirt Dürer-Sulz begrüßte die erschienenen Landwirte und leitete die Tagung, bei der insbesondere Land- und Reichstagsabg. Körner und Landtagsabg. Dingler-Calw sprachen. Körner hob in seinen Ausführungen hervor, daß der Landwirt an dem heutigen Zustand nicht schuld sei, sondern die Regierung mit ihrer Schutzpolitik und der Annahme des Versailles Friedensvertrags. Der Fleiß habe Deutschland groß gemacht, der Achtstundentag könne unumöglich aufrecht erhalten werden, wolle Deutschland wieder emporkommen. Außerdem sei da, wo die Macht sei, auch das Recht. Wir müßten wieder eine Macht werden, um außenpolitisch zu unserem Recht zu kommen. Deutschlands Uederschweunung mit Ausländern schädige uns sehr. Diese essen, was uns schle. Da gehöre ein Riegel vorgeschoben. Zur Zwangswirtschaft übergehend, hob der Redner die einseitige Belastung des Bauernstandes hervor. Wohl habe die Zwangswirtschaft während des Krieges eine gewisse Berechtigung gehabt. Die jetzigen Vorschriften über die Umlage könne man nicht einhalten, insbesondere sei der Umlagepreis zu bekämpfen. Wer zu diesem abliefern, gehöre unter die Pflegschaft. Zu der heutigen Regierung wisse man kein Vertrauen haben. Man müsse die Erfüllungspolitik aufgeben und im übrigen im Volk zur Einfachheit und Sparlichkeit zurückkehren. Die Landwirtschaft helfe gern mit, die Not im Volk zu lindern. Er fordere seine Freunde im Bauernbund auf mitzuhelfen, wenn es nötig sei durch Naturalgaben die Not zu lindern. Es gehe im Volk zu Zusammenstößen. Der Volksgewissens, der uns in den Abgrund führen wolle, müsse aber bekämpft werden. Mit einem Aufbruch zur Einigung und zur Tenuer der Scholle gegenüber schloß der Redner: seine temperamentvollen Ausführungen. Landtagsabg. Dingler-Calw führte u. a. aus, die Landwirtschaft fordere gleiches Recht für alle, für die Landwirtschaft wie für die Industrie. Der Bauernstand habe wohl die Pflicht der Ernährung des Volkes. Aber zuerst müsse die Nahrung erzeugt werden und dazu gehöre Arbeitskraft, und diese zu haben habe die Regierung Mittel an der Hand. Der Bauernstand sei einseitig belastet. Der Bauernstand müsse eine gleichmäßige Belastung verlangen. Auch er ist der Meinung, daß der Achtstundentag nicht eingehalten werden könne. Der Landwirtschaft müsse seitens der Regierung mehr Vertrauen und die nötige Freiheit gegeben werden. Auch wählte der Landwirtschaft für ihre Produkte diejenigen Preise bezahlt werden, auf die sie zu stehen kommen. Nach diesen Hauptrednern sprachen für den Calwer Bezirk auch Hanselmann-Liedelsberg, Schweizer-Rodendorf für den Forster Bezirk, sowie Maier-Nagold. Mit Dankworten schloß der Vorsitzende die Versammlung, bei unter den Klängen der hiesigen Stadtkapelle einen harmonischen Verlauf nahm. In der „Traube“ und im „Deutschen Kaiser“ schloß sich eine gefellige Unterhaltung an.

Freundenfest, 2. Oktober. (Das Missionsfest und Missionskurs.) Das gestrige Missionsfest in der ev. Stadtkirche hat sich eines so starken Besuchs erfreuen dürfen, wie es seit Jahren nicht mehr der Fall gewesen ist. Sowohl die Stadtgemeinde wie die Landgemeinden waren gut vertreten. Wir sehen darin ein erfreuliches Zeichen dafür, daß der Sinn für die Missionsfrage trotz aller Not in der deutschen Heimat nicht erloschen ist. Aus dem Bericht des Bezirksvertreters, H. Stadtpfarrer Rehger-Dornkötter, über die im letzten Jahr eingelaufenen Missionsgaben erlah man, daß die Gaben in fast allen Kirchengemeinden des Bezirks sich auf das Doppelte oder Dreifache erhöht haben. Sie betragen insgesamt mehr als 45 000 Mk. Das ist gewiß erfreulich. Immerhin ist zu bedenken, daß die Steigerung aller Ausgaben eine noch viel größere gewesen ist. Wir müssen noch viel mehr lernen, auch unsere Gaben für allerlei wohltätige Zwecke dem gesunkenen Wert des Geldes anzupassen. Wie wenig kann man heutzutage mit 45 000 Mk. ausrichten! Der Betrag wird nicht zur Ausfindung auch nur eines Missionsars reichen. Die beiden Hauptredner, H. Missionsinspektor D. Würtz aus Basel und H. Amtsinspektor D. Gemming von der Weidmision haben tiefgründiges geboten. — Heute abend begann der auf eine Dauer von 3 Tagen festgesetzte Missionskurs für Theologen im Rathaus Palmengarten. Gegen 100 Pfarrer aus dem ganzen Land und eine Anzahl von Missionsaren sowie hervorragende Führer des Missionswerkes als Vortragredner haben sich dazu eingefunden.

Stuttgart, 3. Okt. (Die Not der Presse) „Oberdeutschland“, die seit 3 Jahren von Gg. Schmülle und Herrn Missionsharter herausgegebenen Monatschrift stellte am 1. Oktober vorläufig ihr Erscheinen ein. Der ebenso kulturwidrigen wie kurzfristigen Preistreiber auf dem Papiermarkt ist also jetzt auch diese gut eingeführte, vornehm geleitete Zeitschrift zum Opfer gefallen, die als einzige Revue großen Stils den kulturellen Belangen Süddeutschlands diene. Man darf wohl sagen, daß das für das geistige Leben unserer engeren und weiteren Heimat einen Verlust bedeutet.

Zuffenhausen, 3. Okt. (Zugsunfall) Auf dem Bahnhof stürzte ein etwa 20jähriges Fräulein von Pfingstfelden aus dem Zug, wodurch ihm ein Arm abgefahren wurde.

Ludwigsburg, 3. Okt. (An des Königs Grab.) Am Grab des Königs legten Generalleutnant v. Teichmann und Landgerichtsrat Flarland im Namen des Württ. Offiziersbundes, der württ. Regimentsvereine und der württ. Offiziere des Nationalverbandes Deutscher Offiziere einen Kranz nieder. Ebenso legte im Namen des Württ. Kriegerbundes General d. J. z. D. v. Gerol einen Kranz nieder.

Crailsheim, 3. Okt. (Im Späherstochen.) Als der in Duisburg in Stellung befindliche Sohn Albert des Eisenhüblers Gottfried Maier hier abends mit einem Kameraden nach Hause ging und letzterer im Späherstochen an das Fenster einer Wirtschaft klopfte, sprang ein betrunkenen Fährersknecht heraus und brachte ihm nach kurzem Wortwechsel mit dem Messer einen Stich bei, der den Tod des jungen Mannes zur Folge hatte.

Nottensburg, 3. Okt. (Stiftung.) Aus Anlaß des 70. Geburtstages von Bischof Dr. Keppeler hat Stadtschultheiß Ringhofer namens des Gemeinderats 70 000 Mark zum Ausbau des Priesterseminars bereichert.

Ulm, 3. Okt. (Schlechte Ablieferung.) Der Bezirk Ulm sollte 18 500 D. Umlagegetreide aufbringen trotz Hagelschlag und verregener Ernte. Bis jetzt sind nur 10 Jtr. Roggen und 30 Jtr. Gerste angeliefert.

Zuffenhausen, 3. Okt. (Tödlicher Autounfall.) Zwischen hier und Goppelshausen stürzte am Samstag Abend ein Kraftwagen um, wobei Mehrgewermeister Franz Hann zum „Stern“ von Schwendi so schwer verletzt wurde, daß er nachts starb. Der Lenker des Wagens, Oberingenieur Weiß von Burgrieden, trug leichtere Verletzungen.

Achtstundentag und Wiederaufbau. In einem beachtenswerten Aufsatz über die Frage des Achtstundentages und die Rationalisierung der Betriebe schreibt Dr. Ing. Robert Bosch-Stuttgart u. a.: Die große Not unserer Zeit, die Frage des Wiederaufbaus Europas nötigt uns, die Warenazeugung tunlichst zu steigern. Sollte es nicht möglich sein, Unternehmern oder Arbeitern zum Bewußtsein zu bringen, daß wir aufeinander angewiesen sind, daß wir zusammenhalten müssen. Der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter muß überbrückt, zum mindesten aber gemildert werden zum Wohle des Ganzen! Es gibt in allen Klassen gute und schlechte Menschen, und Sache der guten muß es sein, ihren Willen zum gegenseitigen Verständnis, zum willigen Zusammenarbeiten zum Siege zu verhelfen. An Stelle der Gesetze, die durch den Staat gemacht werden, sollte treten der Wille zur Verständigung von Mann zu Mann, von Organisation zu Organisation. Die Hinaufhebung der Arbeitszeit soll nur unter dem Einverständnis der Arbeiterchaft erfolgen. Die Not zwingt uns zu dem Schritt und wenn wir ihn tun, dann soll er uns auch den Erfolg verschaffen, den er schaffen kann. Jeder, der es ehrlich meint, soll zu seinem Teil zum Wiederaufbau beitragen: Der Arbeiter durch Befestigung seines Arbeitswillens, der Unternehmer durch eine möglichst Verbesserung seiner Fabrikation und Vereinheitlichung seiner Erzeugnisse.

Ein Flugzeug für den Papst. Aus Italien kam vor kurzem die Notiz, daß zwei Kardinalö eine Luftfahrt im Flugzeug unternommen hätten. Die von den Kirchenfürsten dem Papste gegebene begeisterte Schilderungen von den Reizen des Fluges soll dem Papst zu der Heuerung veranlaßt haben, daß er selbst einmal zu fliegen beabsichtige. Darauf haben nach einer Meldung der „Daily Express“ mehrere italienische Adelsfamilien eine Sammlung veranstaltet, um dem Papste ein Flugzeug zu kaufen.

Selbst Löwen werden gestohlen. Unbekannte Diebe haben einen der beiden bronzenen Löwen vom Ostportal des Kälner Parks bei Dessau gestohlen. Der Metallwert der Figur, die ein Gewicht von vier Zentnern hat, ist außerordentlich hoch.

Die Opfer der Fremdenlegion. In Metz befindet sich ein Rekrutierungsbureau für die Fremdenlegion, das, wie der „Republikaner“ meldet, zweimal in der Woche Transporte von Deutschen erhält, die sich zur Fremdenlegion melden. Im Durchschnitt werden von 60 Bewerbern, die wöchentlich eintreffen, 20 eingestellt, der Rest wird wieder ausgewiesen. Amtliche Bureau befinden sich auch in Zabern und Straßburg. Innerhalb Jahresfrist sollen 1500 Deutsche in die Fremdenlegion eingestellt worden sein. In Halle verhaftete die Polizei zwei französische Werber für die Fremdenlegion als sie im Begriffe waren, zwei junge Kaufleute mit Hilfe eines Automobils zu entführen. Bei der Durchsuchung der verhafteten Franzosen fand man 20 000 Franken.

Donn Fischenbachprozeß. Vor dem Volksgericht des Bayerischen Landgerichts München I begann die Verhandlung in dem Landesverratsprozeß gegen den früheren Sekretär Eisners, den Kaufmann Fritz Fischenbach und Konsorten gegen den Münchner Vertreter der „Deutschen Allg. Ztg.“, Lembke, und gegen den Herausgeber der Internationalen Korrespondenz, Dr. Gustav Garges in Berlin. Für die Verhandlung wird gemäß dem Staatsanwaltsantrag die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da die Öffentlichkeit in der Verhandlung eine Gefahr für die Staatssicherheit darstelle.

Stuttgart, 3. Okt. (Die Not der Presse) „Oberdeutschland“, die seit 3 Jahren von Gg. Schmülle und Herrn Missionsharter herausgegebenen Monatschrift stellte am 1. Oktober vorläufig ihr Erscheinen ein. Der ebenso kulturwidrigen wie kurzfristigen Preistreiber auf dem Papiermarkt ist also jetzt auch diese gut eingeführte, vornehm geleitete Zeitschrift zum Opfer gefallen, die als einzige Revue großen Stils den kulturellen Belangen Süddeutschlands diene. Man darf wohl sagen, daß das für das geistige Leben unserer engeren und weiteren Heimat einen Verlust bedeutet.

Zuffenhausen, 3. Okt. (Zugsunfall) Auf dem Bahnhof stürzte ein etwa 20jähriges Fräulein von Pfingstfelden aus dem Zug, wodurch ihm ein Arm abgefahren wurde.

Ludwigsburg, 3. Okt. (An des Königs Grab.) Am Grab des Königs legten Generalleutnant v. Teichmann und Landgerichtsrat Flarland im Namen des Württ. Offiziersbundes, der württ. Regimentsvereine und der württ. Offiziere des Nationalverbandes Deutscher Offiziere einen Kranz nieder. Ebenso legte im Namen des Württ. Kriegerbundes General d. J. z. D. v. Gerol einen Kranz nieder.

Crailsheim, 3. Okt. (Im Späherstochen.) Als der in Duisburg in Stellung befindliche Sohn Albert des Eisenhüblers Gottfried Maier hier abends mit einem Kameraden nach Hause ging und letzterer im Späherstochen an das Fenster einer Wirtschaft klopfte, sprang ein betrunkenen Fährersknecht heraus und brachte ihm nach kurzem Wortwechsel mit dem Messer einen Stich bei, der den Tod des jungen Mannes zur Folge hatte.

Nottensburg, 3. Okt. (Stiftung.) Aus Anlaß des 70. Geburtstages von Bischof Dr. Keppeler hat Stadtschultheiß Ringhofer namens des Gemeinderats 70 000 Mark zum Ausbau des Priesterseminars bereichert.

Ulm, 3. Okt. (Schlechte Ablieferung.) Der Bezirk Ulm sollte 18 500 D. Umlagegetreide aufbringen trotz Hagelschlag und verregener Ernte. Bis jetzt sind nur 10 Jtr. Roggen und 30 Jtr. Gerste angeliefert.

Zuffenhausen, 3. Okt. (Tödlicher Autounfall.) Zwischen hier und Goppelshausen stürzte am Samstag Abend ein Kraftwagen um, wobei Mehrgewermeister Franz Hann zum „Stern“ von Schwendi so schwer verletzt wurde, daß er nachts starb. Der Lenker des Wagens, Oberingenieur Weiß von Burgrieden, trug leichtere Verletzungen.

Achtstundentag und Wiederaufbau. In einem beachtenswerten Aufsatz über die Frage des Achtstundentages und die Rationalisierung der Betriebe schreibt Dr. Ing. Robert Bosch-Stuttgart u. a.: Die große Not unserer Zeit, die Frage des Wiederaufbaus Europas nötigt uns, die Warenazeugung tunlichst zu steigern. Sollte es nicht möglich sein, Unternehmern oder Arbeitern zum Bewußtsein zu bringen, daß wir aufeinander angewiesen sind, daß wir zusammenhalten müssen. Der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter muß überbrückt, zum mindesten aber gemildert werden zum Wohle des Ganzen! Es gibt in allen Klassen gute und schlechte Menschen, und Sache der guten muß es sein, ihren Willen zum gegenseitigen Verständnis, zum willigen Zusammenarbeiten zum Siege zu verhelfen. An Stelle der Gesetze, die durch den Staat gemacht werden, sollte treten der Wille zur Verständigung von Mann zu Mann, von Organisation zu Organisation. Die Hinaufhebung der Arbeitszeit soll nur unter dem Einverständnis der Arbeiterchaft erfolgen. Die Not zwingt uns zu dem Schritt und wenn wir ihn tun, dann soll er uns auch den Erfolg verschaffen, den er schaffen kann. Jeder, der es ehrlich meint, soll zu seinem Teil zum Wiederaufbau beitragen: Der Arbeiter durch Befestigung seines Arbeitswillens, der Unternehmer durch eine möglichst Verbesserung seiner Fabrikation und Vereinheitlichung seiner Erzeugnisse.

Ein Flugzeug für den Papst. Aus Italien kam vor kurzem die Notiz, daß zwei Kardinalö eine Luftfahrt im Flugzeug unternommen hätten. Die von den Kirchenfürsten dem Papste gegebene begeisterte Schilderungen von den Reizen des Fluges soll dem Papst zu der Heuerung veranlaßt haben, daß er selbst einmal zu fliegen beabsichtige. Darauf haben nach einer Meldung der „Daily Express“ mehrere italienische Adelsfamilien eine Sammlung veranstaltet, um dem Papste ein Flugzeug zu kaufen.

Selbst Löwen werden gestohlen. Unbekannte Diebe haben einen der beiden bronzenen Löwen vom Ostportal des Kälner Parks bei Dessau gestohlen. Der Metallwert der Figur, die ein Gewicht von vier Zentnern hat, ist außerordentlich hoch.

Die Opfer der Fremdenlegion. In Metz befindet sich ein Rekrutierungsbureau für die Fremdenlegion, das, wie der „Republikaner“ meldet, zweimal in der Woche Transporte von Deutschen erhält, die sich zur Fremdenlegion melden. Im Durchschnitt werden von 60 Bewerbern, die wöchentlich eintreffen, 20 eingestellt, der Rest wird wieder ausgewiesen. Amtliche Bureau befinden sich auch in Zabern und Straßburg. Innerhalb Jahresfrist sollen 1500 Deutsche in die Fremdenlegion eingestellt worden sein. In Halle verhaftete die Polizei zwei französische Werber für die Fremdenlegion als sie im Begriffe waren, zwei junge Kaufleute mit Hilfe eines Automobils zu entführen. Bei der Durchsuchung der verhafteten Franzosen fand man 20 000 Franken.

Donn Fischenbachprozeß. Vor dem Volksgericht des Bayerischen Landgerichts München I begann die Verhandlung in dem Landesverratsprozeß gegen den früheren Sekretär Eisners, den Kaufmann Fritz Fischenbach und Konsorten gegen den Münchner Vertreter der „Deutschen Allg. Ztg.“, Lembke, und gegen den Herausgeber der Internationalen Korrespondenz, Dr. Gustav Garges in Berlin. Für die Verhandlung wird gemäß dem Staatsanwaltsantrag die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da die Öffentlichkeit in der Verhandlung eine Gefahr für die Staatssicherheit darstelle.

Spiel und Sport.
Berneck, 3. Okt. Ein schöner Herbsttag war der vergangene Sonntag. Freudig begrüßten auch die Bewegungsspieler den Tag, für die es richtiges Fußballwetter war. Auf dem Altenfelder Sportplatz trafen sich erstmalig im Verbandsspiel um die Meisterschaft des Nagoldbundes, die besamtlich von verschiedenen Vereinen ausgetragen wird, die 1. Mannschaft des Fußballvereins Berneck und die 1. des Fußballclubs Rotfelsen. Es war das erste Verbandsspiel beider Vereine und sicherte Berneck 2 Spielpunkte. Ein schöner, freier durchgeführter Kampf, welcher stets in den Rahmen des Erlaubten gehalten wurde, bot sich den Zuschauern. Punkt halb 3 Uhr gab der Schiedsrichter den Ball frei und bald wanderte das Leder in forschem Tempo hin und her. Beide Mannschaften kämpften tapfer um den Sieg. Bald schloß sich ein technisch besseres und lustvolleres Spiel von Berneck heraus das bis zur Halbzeit durch ein Tor ihres Halbrechts zum Ausbruch zu bringen vermochten. Rotfelsen setzte durch großen Fleiß und Energie tapferen Widerstand entgegen und verblüdete dadurch noch mehr Tore. Verteidigung und Torwart hielten sich macker und waren der beste Teil der Mannschaft. Berneck gleich ausgeglichen, dürfte wenn sich die Mannschaft noch besser gefunden hat, ein beachtenswerter Gegner des Gaus werden. In der zweiten Spielperiode konnte wiederum blau durch Halbrechts zwei Tore buchen und damit das Spiel für sich mit 3:0 (1:0) entscheiden. „Stipp klipp hurra.“

Handel und Verkehr.
Der Dollar notierte am Dienstag in Frankfurt 1873,10 G., 1876,90 Br., in Berlin 1885,14 G. und 1889,86 Br.
100 holl. Gulden = 73 326,60 G., 73 473,40 Br.
100 französische Fr. = 14 235,70 G., 14 264,30 Br.
100 italienische Lire = 7967 G., 7983 Br.
100 österreichische Kronen = 2,68 G., 2,72 Br.
1 Pf. Sterling = 8309,10 G., 8325,90 Br.

Ertragsreicher Rückgang der Ernteschätzungen. Durch das statistische Reichsamt werden jetzt die Ernteschätzungen durch die Saatenstandsberichte für Anfang August veröffentlicht. Danach beläuft sich der Ernteertrag im Deutschen Reich für Winterweizen auf 16 271 574 D., was einem Hektarertrag von 13,7 D. entspricht. Die Novemberermittelung des Vorjahres ergab 26 239 370 D., entsprechend einem Hektarertrag von 20,6 D., während im November 1913 auf dem festigen Reichsgebiet entsprechenden Ernteflächen 35 326 173 D., gleich 24,1 D. pro Hektar ermittelt wurden. Für Sommerweizen beläuft sich der Ernteertrag nach der Schätzung von Anfang August auf 2 685 658 D., bei einem Hektarertrag von 14,5 D. Die entsprechenden Ziffern der Novemberermittelung des Vorjahres lauten auf 3 098 830 D. und 18,6 D. pro Hektar, und für November 1913 auf 5 104 669 D., pro Hektar 24 D. Winterroggen: August ds. J. 52 852 314 D., pro Hektar 12,9 D.; November 1913: 67 115 730 D., pro Hektar 16 D.; November 1913: 99 871 504 D., pro Hektar 19,4 D. Sommerroggen: August ds. J. 638 593 D., November 1913: 870 650 D., November 1913: 1 446 573 D. Sommergerste: August ds. J. 15 813 669 D., pro Hektar 13,8 D.; November 1913: 19 389 950 D., pro Hektar 17,1 D.; November 1913: 30 402 182 D., pro Hektar 22 D. Haber: August ds. J. 41 307 800 D., pro Hektar 12,9 D.; November 1913: 59 049 830 D., pro Hektar 15,8 D.; November 1913: 86 186 130 D., pro Hektar 22 D. Diese Zahlen zeigen deutlich den ersardenden Rückgang der Ernte gegenüber der des Vorjahres. Zumest ist noch nicht die Hälfte des letzten Friedensjahres erreicht worden.

Stuttgarter Börse, 3. Okt. Zur heutigen Börse lagen wieder eine Reihe weiterer Kaufaufträge vor. Die Kurse gingen im allgemeinen in die Höhe, Spezialwerte erzielten sogar sprunghafte Aufbesserungen. Der Freibriefverkehr war etwas schwächer, doch waren die schwereren Werte auch heute wieder begehrt, besonders Germania-Aktien, welche mit 1700—1750 in größeren Beträgen gehandelt wurden. Auch Lebensmittelaktien, so Kaiser Otto (635—640) und Knorr (750—730) begegneten großem Interesse.

Stuttgart, 3. Okt. Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag waren zugeführt: 22 Ochsen, 22 Bullen, 120 Jungbullen, 129 Jungriinder, 144 Kühe, 322 Kälber, 320 Schweine und 6 Schafe. Davon blieben unverkauft 2 Ochsen und 10 Kühe. Verkauf des Marktes: Elefant, Erldö aus 1 Jtr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 87—9300, zweite 73—8500, Bullen erste 84 bis 8600, zweite 70—7800, Jungriinder erste 88 bis 9300, zweite 80—8500, dritte 70—7600, Kühe erste 66—7400, zweite 51—6400, dritte 38—4800, Kälber erste 11 400—11 800, zweite 10 900—11 300, dritte 9800 bis 10 500, Schweine erste 18 000—18 500, zweite 17 000—17 900, dritte 16 000—16 800 Mk.

Stuttgart, 3. Okt. Seit Mitte August sind auf dem Rohstoffmarkt auf dem Nordbahnhof 200 Waggonen Mostobst aus Württemberg zugeführt worden. Heute beträgt der Bestand 80 Waggonen. Die Preise bewegen sich im Großverkauf (waggonweise) zwischen 72 000 und 82 000 Mk. für 10 000 Kilogramm, im Kleinverkauf zwischen 380 und 440 Mk. für 50 kg.

Reutlingen, 3. Oktober. (Obstmarkt.) Dem Obstmarkt am Samstag waren 6000 Zentner Obst zugeführt. Es wurden 160—230 Mk. für den Zentner bezahlt, während auf den vorhergehenden Märkten 250—320 Mk. bezahlt wurden.

Heilbronn, 3. Okt. (Landwirtschaftliche Winterschule.) Mit Rücksicht auf die schlechte Erntemitterung und die infolgedessen sich häufenden landwirtschaftlichen Arbeiten wurde die am 15. Sept. abgelaufene Frist zur Schüleranmeldung bis zum 10. Oktober ds. J. verlängert.

Winterrückblick.
Bei wechselnder Bewölkung steht auch für Donnerstag und Freitag mäßig kühles Wetter ohne wesentliche Niederschläge mit Neigung zu zeitweiliger Auflockerung bevor.

Wend und Freitag der W. Rheinischen Buchdruckers-Altverg.
Für die Geschäftsleitung verantwortliche Buchbinder Kauf:

Unterstützen Sie Ihr Heimatblatt!

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekämpfung des unerlaubten Großhandels mit Lebens- und Futtermitteln.

Es wird darauf hingewiesen, daß zum Verkauf oder Handel mit Lebens- oder Futtermitteln (auch zum bloßen Verkauf) abgesehen vom Handel in den Kleinerkaufsgeschäften regelmäßig eine besondere Erlaubnis (Großhandels-erlaubnis) erforderlich ist.
Die näheren Vorschriften können beim Oberamt erfragt werden.

Nagold, den 3. Okt. 1922. Oberamt: Müng.

Preisverzeichnisse und Preisschilder im Kleinhandel mit Lebens- und Futtermitteln.

Auf Grund des § 7 der Verfügung des Ernährungsministeriums über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 14. Dezember 1921/6. September 1922 (Staatsanzeiger Nr. 293 und 209) wird bestimmt:

Der Lebensmittel oder Futtermittel im Kleinhandel feilhält, ist verpflichtet, in seinem Verkaufstramm oder in seinem Betriebsstand ein Verzeichnis aus dem der genaue Verkaufspreis der Waren im einzelnen ersichtlich ist, anzubringen oder die feilgehaltenen Waren mit Preisankündigungen (Preisschildern) zu versehen. Die Preisankündigung gilt als Preisforderung im Sinne der Verordnung gegen Preistreiber vom 8. Mai 1918 (R.G.B. S. 395).

Die angekündigten Preise dürfen nicht überschritten werden. Die Gemeindebehörden werden beauftragt, vorstehende Verfügung ortsüblich bekannt zu machen und ihre Durchführung zu überwachen.

Nagold, den 3. Oktober 1922. Oberamt: Müng.

Betreff: Festsetzung des Wertes der Sachbezüge.

Gemäß § 160 Abs. II der A.D. wird der Wert der zum Entgelt i. S. der A.D. gehörigen Sachbezüge für den ganzen Oberamtsbezirk mit Wirkung vom 1. Oktober an wie folgt festgesetzt:

I. Für männl. u. weibl. Personen unter 16 Jahren:

	für den Arbeitstag	jährlich (unter Zugrundelegung von 300 Arbeitstagen)
1. Kost	36 M.	10 800 M.
2. Wohnung, Heizung u. Beleuchtung	1, 50 J.	450

II. Für Personen über 16 Jahre:

A. Für Arbeitnehmer mit einfacheren Dienstleistungen:

a. männl. Einzelpersonen:

1. Kost	54 M.	16 200 M.
2. Wohnung, Heizung u. Beleuchtung	3, 900	

b. weibliche Einzelpersonen:

1. Kost	45	13 500
2. Wohnung, Heizung u. Beleuchtung	3, 900	

c. für eine Arbeiterfamilie:

Wohnung, Heizung u. Beleuchtung	12, 3 600	
---------------------------------	-----------	--

B. Arbeitnehmer mit höheren Dienstleistungen:

(Betriebsbeamte, Werkmeister und Angestellte mit höheren Dienstleistungen.)

a. männliche Einzelpersonen:

1. Kost	66 M.	19 800 M.
2. Wohnung, Heizung u. Beleuchtung	7, 50 J.	2 250

b. weibliche Einzelpersonen:

1. Kost	54	16 200
2. Wohnung, Heizung u. Beleuchtung	8, 1 800	

c. für eine Familie:

Wohnung, Heizung u. Beleuchtung	18, 5 400	
---------------------------------	-----------	--

Nagold, den 2. Oktober 1922.

W. Versicherungamt: Müng.

Stadtgemeinde Calw:

Am Mittwoch, den 11. Oktober 1922 findet hier

Krämer-, Pferde- Vieh- u. Schweinemarkt



statt, zu dessen Besuch eingeladen wird.

Für alle zum Markt gebrachten Klauentiere sind Gesundheits- und Ursprungszeugnisse beizubringen. Die weiteren Bedingungen sind in der Bekanntmachung betr. den am 14. Juli 1922 abgehaltenen Viehmarkt enthalten.

Calw, den 2. Oktober 1922.

Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Altensteig-Stadt.



Freiwillige Feuerwehr

Am Sonntag, den 8. Okt. rückt die II. und IV. Komp. zur Übung aus.
Ausreten präzis 7:30 Uhr morgens.
Das Kommando.

Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41.
und Filiale Simmersfeld
empfiehlt:
Saatbeizen.

Altensteig.

ein gewandtes Mädchen

das perfekt stenographieren u. maschinenschriften kann. Dasselbe müßte auch in Kassen und Buchhaltungen bewandert sein.

Karl Kastenbach & Söhne
Silberwarenfabrik.

Nagold u. Ebdhausen.

Drogen und Chemikalien

zu billigsten Preisen kaufen will, gehe in die

Edwendrogerie Gebr. Benz

Hauptgesch.: Filialdrogerie Nagold, Ebdhausen.
Mitgl. d. Deutsch. Drog. Verbandses v. 1873.

Mädchen

gesucht für Haus- u. Landwirtschaft. Angebote an

Gg. Ad. Epeler Rebrings u. A. Herrenberg.

Gesangbücher

empfiehlt die **W. Rieker'sche Buchh.** Altensteig.

Zur gefl. Beachtung!

Wenn man etwas zu verkaufen hat oder etwas kaufen will, so ist es ein gewaltiger Unterschied, ob man einen Käufer, bezw. ein Angebot hat oder zehn. Oft erfährt man erst hinterher, daß man ein Objekt viel besser hätte verkaufen können oder daß man viel günstiger gekauft hätte, wenn man nicht gerade nur auf den einen Käufer oder Verkäufer angewiesen gewesen wäre. Es verlohnt sich deshalb immer, die Verkaufs- und Kaufmöglichkeiten durch eine Anzeige in der Zeitung zu vergrößern. Inserate finden in der Schwarzwälder Tageszeitung aus den Tagen die weiteste Verbreitung u. haben best. Erfolg!

Am Donnerstag, den 5. Oktober, findet in Pfalzgrafeneweiler ein

Rindvieh- und Schweinemarkt

Nothilfe Altensteig.

Wir bitten herzlich um **Obst und Kartoffeln.**
Abzuliefern oder zur Abholung anzumelden bei **Frau Schmied Wallraff** oder Stadtpfarramt.

Infolge erneuter Erhöhung der Bierpreise seitens der Brauereien sind die Biere des Bezirks genötigt, die

Ausjankpreise

für Bier ab 1. Oktober wie folgt festzusetzen:

Schankbier	0,3 l	Mk. 9.—
1 Fl.	" 0,5 l	" 18.—
1 "	" 0,7 l	" 25.—
1 " Spezialbier	0,6 l	" 28.—
1/2 l Wein		Mk. 30.—
Kostisch		" 85.—

Bezirkswirtsbereich.

Gummi-Abfüllschläuche
Gummi-Flaschenscheiben
Gummi-Ringe für Eindunstgläser
Gummi-Sauger
Gummi-Schwämme
Gummi-Hosenträger
gut und preiswert bei
Fritz Bühler jr.
(C. W. Lutz Nachfolger).
Altensteig.

Zur Anfertigung von Druckarbeiten
hält sich bei schnellster Bedienung bestens empfohlen die
W. Rieker'sche Buchdruckerei
Inh. L. Laak
— Altensteig. —



Damen- und Mädchen-Bekleidung.
Mäntel, Kostüme, Taillekleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.
C. Berner, Pforzheim, Ecke Metzger- u. Blumenstr.

